

2.1.3 Neue Printmedien bis in die 1970er Jahre

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte in Liechtenstein ein wirtschaftlicher Aufschwung ein, der bis zum Ende des Jahrhunderts praktisch ununterbrochen andauerte. Dieser Aufschwung war begleitet von einer rasch steigenden Bevölkerungszahl, nicht zuletzt durch eine ungebremszte Zuwanderung in das nunmehr zunehmend prosperierende Land. Gleichzeitig setzte ein massiver Ausbau des Sozialstaates, der Aufbau kultureller Institutionen sowie ein markanter Anstieg der Bildungsangebote wie auch des Bildungsniveaus der Bevölkerung ein. Liechtenstein mutierte förmlich von einer agrarischen zu einer hochindustrialisierten und dienstleistungsorientierten Gesellschaft. Politisch war die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und in den 1950er Jahren geprägt von relativ stabilen Verhältnissen mit einer Führungsrolle der FBP und einer in einem konkordanten System der Ko-Opposition agierenden VU. Die Mehrheit der FBP dauerte von 1928 bis 1970. Seit der Einführung des Proporzwahlrechts im Jahr 1938 war jedoch die VU immer in einer Koalitionsregierung als Juniorpartner mitbeteiligt und konnte auch politische Ansprüche in der florierenden Pfründewirtschaft geltend machen.⁶⁸ In den 1950er Jahren kam es zu sporadischen Bemühungen zur Gründung einer neuen, dritten Partei. Die Liste der Unselbständig Erwerbenden und Kleinbauern – eine Initiative des Arbeiterverbandes – kandidierte im Februar 1953 mit einer eigenen Liste zu den Landtagswahlen, scheiterte jedoch klar an der hohen Sperrklausel von 18 Prozent.⁶⁹ Zu den Landtagswahlen 1957 meldete auch eine Arbeiter- und Bauernpartei des Liechtensteiner Unterlandes eine Liste an, die jedoch wegen formaler

⁶⁸ Aus dem Konkordanzgebot der gemeinsamen Regierungskoalition zwischen FBP und VU seit 1938 wurden Aufträge, Verwaltungsstellen und Mandate bei öffentlichen Anstalten nach einem Parteienproporz vergeben. Es etablierte sich damit ein System der sogenannten «Vetternwirtschaft», das jedoch nicht schriftlich dokumentiert und auch nicht systematisch untersucht ist. Am leichtesten nachvollziehbar ist das System bei der Besetzung der Positionen von öffentlichen Anstalten (Landesbank, Liechtensteinische Kraftwerke, AHV), wobei die ersten beiden traditionell schwarz, die letzte rot war. Die Frage der Stellenbesetzung bei der AHV hatte 1953 sogar zu einer Blockierung im Landtag und zu vorgezogenen Neuwahlen geführt (Hoch 1991; Marxer 2000, S. 85). Die FBP und die VU waren immer bemüht, sich für ihre Klientel einzusetzen. Eine empirische Untersuchung dieses Aspektes in Liechtenstein, der heute nicht mehr ganz so ausgeprägt, aber immer noch existent ist, ist allerdings erst noch zu leisten.

⁶⁹ Vgl. Brunhart 1995, S. 48 f.